

## **„Für eine faire kindgerechte Familienpolitik nach Trennung der Eltern“**

**Zur Landtagswahl in Thüringen lädt das „Bündnis Resolution 2079“ die Parteien aufs Podium ein.**

Trennen sich Eltern mit minderjährigen Kindern, müssen sie Wege finden, die Pflege und Erziehung der Kinder auch nach Trennung zu organisieren.

Eine große Mehrheit von über Dreiviertel der Eltern in Deutschland hält es dabei für wichtig, dass beide Eltern hier aktiv bleiben, in den vergangenen Jahren haben auch hälftige Aufteilungen der Betreuungszeit im sog. Paritätischen Wechselmodell erheblich zugenommen, nach einer repräsentativen Umfrage des Allensbach Institutes im Auftrag des Bundesfamilienministeriums ist für etwa ein Viertel aller Eltern ein solches Wechselmodell sogar die Lösung der Wahl.

Können sich Eltern allerdings nicht selbst auf eine Lösung verständigen, müssen Jugendhilfeeinrichtungen unterstützen und letztendlich Familiengerichte entscheiden. Dort wird heute immer noch regelmäßig davon ausgegangen, dass gemeinsame Betreuung der Kinder nach Trennung von hohen Voraussetzungen abhängig ist. Dabei werden regelmäßig Anforderungen an die Qualität der Beziehung der Eltern gestellt, die nicht einmal manches zusammenlebende Elternpaar erfüllen kann. Seit Jahren weisen zunehmend internationale Forschungsarbeiten darauf hin, dass dieser Weg nicht im Interesse von Kindern, Eltern und auch der Solidargemeinschaften ist. Entsprechend fordern getrenntlebende Eltern und Verbände immer stärker, dass neu gedacht wird. „Einer betreut, einer zahlt“ kann nicht mehr gelten, wenn eine gemeinsame Betreuung möglich ist, ohne dass dies zu einer Gefährdung der Kinder führt. Zu dieser Einschätzung gelangen wissenschaftliche Arbeiten weltweit nahezu einhellig. Diese Meinung vertritt auch die Parlamentarische Versammlung des Europarates, die in ihrer EntschlieÙung bzw. Resolution Nr. 2079 aus dem Jahr 2015 die 47 Mitgliedsstaaten des Europarates, darunter die Bundesrepublik Deutschland, aufgefordert hat, die gemeinsame Betreuung der Trennungskinder in einer sog. Doppelresidenz als Regelfall einzuführen. Nur bei Gefährdungen des Kindeswohls muss Kinderschutz Vorrang haben, die Resolution nennt hier etwa Gewalt und Missbrauch, was aber in jeder anderen Konstellation selbstverständlich auch gilt.

Das Thema ist mit zahlreichen Anträgen der verschiedenen Parteien in der lfd. Legislatur Thema im Deutschen Bundestag, und auch die Ministerien, Familie und Justiz, haben Reformvorschläge hinter den Kulissen erarbeitet.

Wir haben deshalb nun Vertreter der für den Thüringischen Landtag zur Wahl stehenden Parteien eingeladen, sowie auch Vertreter wichtiger Interessenverbände, und wollen gemeinsam darüber sprechen.

**Deshalb lädt das Bündnis 2079 alle Interessierten Eltern, Kinder, Großeltern, Tanten, Onkel, Geschwister und alle sonstigen Interessierten zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion „Für eine faire kindgerechte Familienpolitik nach Trennung der Eltern“ ein, und zwar am Freitag, 11. Oktober 2019, 17:30 Uhr Infostand, Beginn Podium 18:00 Uhr im Waldkasino Erfurt.**

Mehr dazu: <https://Resolution2079.de>

**Kontakt: Dipl.-Ing. Andreas Riedel – 0361/55844-0, [info@resolution2079.de](mailto:info@resolution2079.de)**

**Am Pulverschuppen 16  
99085 Erfurt**